



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03623**
Datum: 27.11.2017
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo;
Krause, Johannes; Wolter, Tom

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	12.12.2017	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	20.12.2017	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Teilungsbericht 2016 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Präventionsrat

Beschlussvorschlag:

1. Zur Unterstützung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ wird in der Stadtverwaltung eine 0,5 VZE-Personalstelle ab 01.01.2018 für die Organisation und Koordinierung der Präventionsarbeit in der Stadt eingerichtet. Die Stelle ist umgehend im Stellenplan für das Jahr 2018 zu berücksichtigen und mit Haushaltsmitteln zu untersetzen.
2. Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, einen Antrag zur Aufnahme in den Landespräventionsrat zu stellen.
3. Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 1.1118 – Haushalts- und Finanzmanagement.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE

gez. Johannes Krause
Vorsitzender der SPD
Fraktion

gez. Tom Wolter
Vorsitzender d. Fraktion
MitBÜRGER für Halle -
NEUES FORUM

Begründung:

Der „Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ besteht nach Stadtratsbeschluss seit Dezember 2001. Mit den ihm zugeschriebenen Aufgaben, die mit der Aufnahme zahlreicher geflüchteter Menschen in Halle seit 2015 noch einmal an Bedeutung zunahm, erfüllt er eine wichtige Funktion für ein tolerantes, friedliches und weltoffenes Zusammenleben in der Stadt. Die Frage nach effizienten Arbeitsstrukturen des rein ehrenamtlich tätigen Präventionsrates stellt sich mehr denn je. Eine Geschäftsstelle des Präventionsrates ist unter anderem deshalb notwendig, um die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten im Bereich der Prävention zu vernetzen, Aufgaben zu koordinieren, bestimmte Formalitäten im Zusammenhang mit den Sitzungen zu erfüllen, Themen vor- und aufzubereiten und gegebenenfalls Fachveranstaltungen zu organisieren. Von der Aufnahme in den Landespräventionsrat versprechen wir uns eine aktive Unterstützung der Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

23. November 2017

Sitzung des Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 24./25.11.2017

Betreff: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Präventionsrat Vorlagen-Nr.: VI/2017/03623

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Zur Unterstützung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ steht in der Verwaltung bereits eine Stelle zur Verfügung; hier wird der Präventionsrat vorbereitet und begleitet. Diese Stelle kann Themen und Termine im Sinne des Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2011 koordinieren und organisieren. Unterstützt wird die Arbeit vom Dienstleistungszentrum Migration und Integration mit seinen zentralen Ansprechpartnern.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister